



Regierung will drastisch Bürokratie abbauen

scaodcast - 28.2.2007 um 21:32

[QUOTE]Berlin (dpa) - Die Bundesregierung will nach jahrelangen uneingelösten Versprechen der Politik in den nächsten vier Jahren drastisch Bürokratie abbauen. Die Belastung der Wirtschaft durch Anträge, Formulare und Statistikpflichten soll nach einem Beschluss des Bundeskabinetts vom Mittwoch um ein Viertel sinken.

Das könnte die Unternehmen insgesamt um 20 Milliarden Euro entlasten. Auch für die Bürger soll der Umgang mit den Behörden einfacher werden. Bei einem Umzug wird es künftig möglich sein, Adressen bundesweit vom heimischen Computer aus über das Internet zu ändern.

Es ist das erste Mal, dass sich eine Bundesregierung zu einem solchen Ziel bekennt, das in den Niederlanden bereits in den vergangenen Jahren erreicht worden ist. Der Beschluss ist auch ehrgeiziger als die Vorgabe, die die Regierung auf europäische Ebene durchsetzen will. Auf dem EU-Gipfel in der kommenden Woche in Brüssel möchte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) einen Abbau der Bürokratie durch EU-Vorschriften um ein Viertel bis 2012 durchsetzen.

Nach Angaben des stellvertretenden Regierungssprechers Thomas Steg soll noch im Herbst in einem weiteren Schritt die Durchforstung der Vorschriften begonnen werden, die die Bürger betreffen. Merkel habe deutlich gemacht, dass es keinen Verschiebepbahnhof geben dürfe, bei dem die Unternehmen von Bürokratie entlastet, die Kosten dafür aber den Bürgern aufgebürdet werden.

Parteien hatten sich in ihren Programmen in den vergangenen Jahren immer wieder zu einem Bürokratieabbau bekannt. Nach Einschätzung der Bundesregierung war dieses Ziel bislang nie so konsequent angegangen worden wie in den Niederlanden, Dänemark und Großbritannien. Der Wirtschaftsverband BDI und der Arbeitgeberverband BDA begrüßten den Kabinettsbeschluss, forderten jedoch ein schnelles Tempo des Bürokratieabbaus. Auch die FDP verlangte ein möglichst rasches Streichen von Vorschriften.

In einem ersten Schritt haben die Ministerien bereits alle 10 500 Vorschriften ermittelt, die Unternehmen Informationspflichten auferlegen. Seit Januar an wird nun festgestellt, wie hoch die Kosten der Firmen für das Ausfüllen eines bestimmten Formulars konkret ist. Die Ressorts sollen dann unter Beachtung des Abbauziels von 25 Prozent entscheiden, in welchen Fällen der Nutzen den Aufwand für die Unternehmen tatsächlich rechtfertigt. Neue Gesetze des Bundes prüft seit Jahresbeginn der Normenkontrollrat unter Leitung von Ex-Bahnchef Johannes Ludewig. Insgesamt werden die Belastungen der Wirtschaft durch die Bürokratie auf 80 Milliarden Euro im Jahr geschätzt.

Die Initiative zur Modernisierung der Bundesverwaltung sieht auch vor, dass die Unternehmen bis 2012 alle Behördenkontakte auch elektronisch abwickeln können. Von einer flächendeckenden Einführung der Online-Anmeldung verspricht sich das Bundesinnenministerium eine entscheidende Vereinfachung des Meldeverfahrens. Mit dem Aufbau eines zentralen Melderegisters will die Bundesregierung Länder und Kommunen entlasten.

Teil des Programms ist ferner die elektronische Verdachtsanzeige. Banken und andere Finanzinstitute sind verpflichtet, zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus verdächtige Transaktionen zu melden. Derzeit sind dies 9000 Meldungen jährlich - Tendenz steigend. Künftig sollen die Verdachtsanzeigen von den Instituten nur noch online an das Bundeskriminalamt übermittelt werden.[/QUOTE]

Quelle: <http://newsticker.welt.de/index.php?channel=pol&module=dpa&id=13935000>

Interessant. Die wollen also die Bürokratie abbauen? Wie wird das dann gehandhabt? Alles globalisieren um Hackern noch bessere Chancen für den Missbrauch unsrer Daten zu gewährleisten, unterstrichen mit der Lüge zur Bekämpfung des Terrorismus - ich mein, wie bitte stellt man fest, ob ein Monatseinkommen von 10.000 € nun aus terroristischen oder legal-beruflichen Wegen herrührt? Möglich ist auf jeden Fall beides und diejenigen, die das dann legal verdienen, stehen bei jedem Anschlag dann immer gleich auf der Abschussliste der Verdächtigen oder was? Muss ich dann ständig ne Kamera neben mir her laufen lassen, damit bewiesen ist, dass ich zu der Zeit keine Anschläge verübt habe?

Und die Bürokratie abbauen - dafür braucht man nur den unterbelichteten Sekretärinnen mal erklären, dass sie in ihrer eigenen Firma auf ein Firmennetzwerk zugreifen können. Dann kann man aus Stuttgart nämlich doch auf einmal die Daten von der Gesundheitskarte auslesen, weil man auf die europäische Datenbank zugreifen kann, es aber nicht glauben will. Somit wären jede Menge Telefonate, Briefgebühren und Rumfahrrerei eingespart. Und wieso kommen die

jetzt auf einmal da drauf? Das hätte man schon vor Jahren machen können.

Ich seh da wieder nur ne schleichende Entwicklung in Sachen totalitärer Überwachung ohne dass es jemand mitkriegt. Und ehrlich gesagt find ichs zum kotzen. Man könnte die Bürokratie auch ganz abschaffen und endlich anfangen, human zu denken. Aber sowas bringt ja heutzutage keiner mehr fertig (und die, die es tun, sind immer die Gearschten). Seis drum, viel Spaß beim Bürokratieabbau an die Regierung. Ob die wohl neue Beamte einstellen, die den Abbau bürokratisch überwachen? ☐

... - 1.3.2007 um 03:58

Letzteres halte ich erstmal für unproblematisch, da die Behörden ja trotzdem noch ermitteln, ob das Geld wirklich aus einem kriminellen Zusammenhang kommt.

Problematischer finde ich viel eher, was hier als "Bürokratieabbau" verkauft wird.

Mehr Freiheiten für Unternehmen, mehr nicht.

Was ist mit den unsinnigen Puff Daddy IV-Anträgen. Mit der unsinnigen Überwachung von Beziehern dieser Leistungen? Die mehr kostet, als dass sie was bringt. Da wird nix gemacht. Bürokratieabbau heißt Grundeinkommen für jeden mit möglichst geringem Aufwand.

Aber auf diese Idee kommt bestimmt keiner von denen.

Tetrarchos - 1.3.2007 um 11:17

Den KONZERNEN wird bestimmt wieder NOCHMEHR Freiheit gewährt, um uneingeschränkt ALLMÄCHTIG zu sein. Soweit glaube ich das garantiert. Der Bürger wird aber WIE IMMER in die Röhre gucken und eher noch extra schikaniert. Wer was anderes glaubt, hat den Knall noch immer nicht gehört. :09:

dian - 1.3.2007 um 12:16

Echter Bürokratie-Abbau hieße für mich, dem Bürger mehr Eigenverantwortung zuzugestehen und nicht immer alles doppelt und dreifach kontrollieren und überprüfen zu wollen. Wenn ich nun irgendwelche Anträge "bequem" per Internet stellen kann, fällt vielleicht etwas Papierkram weg.. aber an der Tatsache, dass ich für jeden Furz einen Schein, einen Antrag oder eine staatliche Erlaubnis brauche, ändert sich gar nichts. Im Gegenteil. Es wird ja alles noch schlimmer. Jetzt wollen die wegen ein paar schwarzen Schafen allen Eltern vorschreiben, wann und wie oft die mit ihrem Kind zum Arzt gehen müssen. Ein Rauchverbot in Gaststätten muss natürlich vom Staat verhängt werden, da man den Nichtraucher Bürgern anscheinend nicht zutraut, dass sie mündig genug sind und Gaststätten, in denen zu viel gequalmt wird, in Zukunft einfach meiden und sich eine weniger verqualmte Bude suchen. Das Verbot muss dann natürlich auch kontrolliert werden... Und wie beweist man vor Gericht, dass ein gegen seine Strafe klagender Raucher auch tatsächlich geraucht hat? Gar nicht! Da gilt einfach das Wort des kontrollierenden Beamten, dem man aus Prinzip in einem bürokratischen Staat mehr glaubt als dem beschuldigten Bürger. Nach dem Motto: Welchen Grund sollte ein Beamter haben, eine solche Anschuldigung zu erfinden? Hat ja schon heute keinen Sinn, gegen irgendeinen Strafzettel zu klagen. Der Kontrolleur hat im Normalfall immer Recht. Das ganze "Sie dürfen gerne vor Gericht dagegen klagen" ist doch nur eine riesengroße Verarsche, die dem Bürger das Gefühl geben soll, dass der bürokratische Apparat eben doch nicht allmächtig ist. Wer es glaubt und drauf ankommen lässt, wird ohne Rechtsschutzversicherung aber vermutlich schnell arm werden. Oder versucht mal einfach, euren Müll zu entsorgen. "Der Müllplatz ist von 11.30 Uhr bis 12 Uhr geöffnet, aber nur jeden zweiten Samstag nach Vollmond" Wenn es dann doch mal klappt, dürft ihr erst mal einen Schein ausfüllen... und wehe, ihr wollt auch ein Bügeleisen wegschmeißen, obwohl ihr nur eine Waschmaschine angegeben hat. Dann bekommt ihr sofort vom diplomierten Obermüllplatzvorsitzenden die Leviten gelesen. Und die wollen mir erzählen, dass sie Bürokratie abbauen möchten? Hier in Deutschland?? Ha! Da lach ich doch mal ganz herzlich! Dann können sie ja gleich die deutsche Sprache abschaffen. "Es ist dem Mieter untersagt, sein Kraftfahrzeug ohne ausdrückliche Genehmigung der Stadtverwaltung in der Feuerwehrezufahrt zu parken."

SOWAS ist Bürokratie! Und die werden wir hier in Deutschland niemals loswerden, weil es immer genügend Maschinenmenschen gibt, die es geil finden, sich auf so eine kranke, widernatürliche Art auszudrücken und das Leben der Menschen zu verkomplizieren... bzw. sie glauben ja sogar ernsthaft, dass sie den Menschen damit einen Dienst erweisen, weil sie für Sitte und Ordnung sorgen und verhindern, dass das böse böse Chaos um sich greift und die glorreichen Errungenschaften ihrer Zivilisation vernichtet.

Tetrarchos - 1.3.2007 um 12:52

Welche "Zivilisation"? Die der Paragraphenbambulen aus Büroistan???

Meistens ist das ganze dann noch mit Beutelschneiderei verbunden.Sei es sinnlose Gebühren und Abgaben, oder unverschämte Bußgelder.

scaydcast - 1.3.2007 um 15:51

Von irgendwas müssen die Politiker doch ihre ganzen Schmiergeldaffären finanzieren O_O... Ich bin sowas von heilfroh, dass ich mit Amt und dergleichen nichts mehr zu tun habe. Ich krieg zwar deshalb weniger Geld (bzw. seit 9 Monaten gar nichts mehr, dank einer "Gesetzesänderung" - welche das ist, weiß ich bis heute immer noch nicht), aber ich kann so besser und gesünder leben, als wenn ich alle 3 Minuten zum Amt rennen dürfte, wegen irgend einem Scheiß.

Mittlerweile muss man schon seinen eigenen Pass beglaubigen lassen um eine Information von einem dieser Ämter zu bekommen O_O

hopeless - 1.3.2007 um 15:54

also vorab möchte ich mal die mitarbeiter von den wertstoffhöfen () ein bisschen verteidigen. als mein vater umgezogen ist, waren wir in dresden auf ebensoeinem wertstoffhof und ich hatte natürlich auch mürrische, verbiesterte männer mit drei-tage-bart erwartet, die einem den müll um die ohren schmeißen, wenn er nicht am richtigen platz landet, aber die waren allesamt sehr freundlich und entspannt.

den bürokratieabbau sehe ich auch eher als schlechten witz. der bürokratische apparat in so einem staat wie dem deutschen ist traditionell nicht besonders davon abhängig, wer gerade den "wählerwillen" hinter sich hat. das mit weniger bürokratie nicht gemeint ist, dass man den bürgern demnächst mehr selbstverantwortung und gegenseitigkeit anvertraut, ist klar. bürokratie bedeutet ja gewissermaßen einen kreislauf der "eliten" und wenn man ein paar regelungen abschafft heißt das für mich, dass man sich als politiker ein bisschen mehr einfluss erhofft.

sag ich mal so, ohne einen blassen schimmer zu haben, was in diesen 25% alles drin stecken soll.

quaid - 2.3.2007 um 01:31

das erinnert mich an die vielen versuche der bürger, sich neue reisepässe zu verschaffen.

man muss ja jetzt ganz ernst gucken. und man liest oft erfahrungsberichte, das das foto ungenau ist, man doch bitte genau in die mitte der maske schauen soll und auf keinen fall lächeln.

hat man kein foto parat, das den anforderungen entspricht, dann steht in maximal 100meter entfernung ein gerät, das für nur 5-10 euro ein passendes foto macht -sofern dieses denn mal von der zickenden software akzeptiert wird.

so ein neuer reisepass inklusive passendem foto soll ja so seine 70 euro kosten..

Kebap - 2.3.2007 um 02:16

"Regierung will..."

muhahahahaha

Politiker = Lügner

... - 2.3.2007 um 04:03

@scaydcast:

Seit einiger Zeit bekommen Jugendliche unter 25 Jahren kein PuffDaddyIV mehr.

Du müsstest dann nachweisen, dass es Gründe gibt, warum Du nicht mehr bei den Eltern lebst.

Wenn Sie Dir das nie mitgeteilt haben, hast Du natürlich Anrecht auf Nachzahlung.

Ihr seid alle viel zu bequem.

Das macht Spaß, die Behörden mit ihren eigenen Mitteln zu schlagen.

Am meisten Spaß macht das, wenn Du auf zwei verschiedene Behörden angewiesen bist, wie das bei mir war: Arge und BfA. Wenn die eine was ablehnt, kann man mit der gleichen Argumentation die andere Behörde damit nerven und meistens sind die Behauptungen so, dass man da mit der Argumentation der anderen Behörde Druck machen kann.

scaydcast - 2.3.2007 um 11:40

Die haben mir ja mitgeteilt, warum ich keins mehr kriege. Genauer Wortlaut: "Aufgrund einer Gesetzesänderung werden ihre Leistungen eingestellt." Für die ist das wohl Begründung genug. Nachgefragt hab ich damals auch, was da jetzt geändert worden ist und da meinte die Dame: "Da kam ein neues Gesetz raus, was bewirkt hat, dass Sie jetzt nicht mehr unter die Hilfebedürftigkeit dieser Zahlungen fallen." Aha.

Und begründen, wieso ich nicht mehr bei meinen Eltern wohne? *großes ROFL* Das hab ich damals in Stuttgart schon versucht und den Herren mitgeteilt (sogar psychologisch beglaubigt), dass ich es in diesem Kaff nicht mehr aushalte, es für mich unmöglich ist, dort zur Schule zu gehen, da ich von Lehrern und Schülern gemobbt wurde, dass ich außerdem dort in diesem Kaff vergewaltigt wurde und mein täglicher Schulweg an diesem Ort vorbeiführen würde und ich das psychologisch nicht verkraften würde. Deren Reaktion: "In diesem Ort gibt es eine Schule, nämlich das Gymnasium blabla, und es stellt aus unserer Sicht kein Problem für ihre Eltern dar, Sie dort zur Schule zu schicken. Aufgunddessen müssen wir ihren Antrag leider ablehnen." *ausspuck*... Wieso bin ich damals eigentlich nie Amok gelaufen?

... - 3.3.2007 um 02:34

Amoklauf ist 'ne Sache, die ich mir vorbehalte, wenn ich mal alle anderen Mittel, Menschen im öffentlichen Dienst zu nerven, ausgeschöpft habe.

Tetrarchos - 3.3.2007 um 14:48

Ich behalte mir Amoklauf auch vor. Für Aids oder Krebs im Endstadium. das ist so etwas wie die persönliche Atombombe des Bürgers. Man drückt den Knopf vernünftigerweise erst dann, wenn man selber sowieso draufgeht. :D

... - 4.3.2007 um 04:07

Es wird lustig, wenn unsere Generation ins Alter kommt. :D

Ich werde als Älterer, der sowieso immer irgendetwas mit der Gesundheit hat, versuchen den ersten Schritt zu machen, dann könnt Ihr das evtl. noch etwas genießen, was dann abgeht.

scaydcast - 6.3.2007 um 17:49

Zitat

Und hier ein weiterer Schritt des Bürokratieabbaus:

[Quote]

Bayern plant Abschaffung der Widerspruchsmöglichkeit gegen Behörden

"Hier wird ein Teil unserer demokratischen Rechtskultur auf einen Schlag vernichtet", urteilt der Verwaltungsrechtexperte Riechwald über die von der Bayerischen Landesregierung geplante Abschaffung des Widerspruchsverfahrens gegen Behördenentscheide.

Konnte sich der Bürger bisher, wenn er einen Entscheid für falsch hielt, zunächst mit einem Widerspruch an die Behörde wenden, müsste er nach der Änderung direkt vor Gericht klagen, was mit dem Prozessrisiko zu hohen Kosten führen kann.

Die Staatsregierung begründet die Maßnahme mit Entbürokratisierung, was aber unter anderem bei den Kommunalverbänden auf Ablehnung stößt. Hingegen ist eine deutliche Mehrbelastung der Gerichte zu erkennen.

Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/350/104246/print.html> => Shortnewsmeldung davon.

Bei der Gelegenheit könnte man die Demokratie doch auch gleich abschaffen. Das ganze Rumgemache mit Richtern, Anträgen, Sozialämtern, Arbeitsamt, alles Bürokratie. Schafft es ab, aber nicht nur in Worten, sondern brennt die Gerichte nieder. Einigt euch wieder per Handschlag und nicht per Gerichtsbeschluss. Schafft dieses System ab und fangt endlich an, wieder mit menschlicher Vernunft zu denken und zu handeln. Dann gäbe es null Kosten für Bürokratie und 100% Nutzen für den Bürger selbst. Na, wie wär das? Hm? HM? :D

... - 7.3.2007 um 03:17

Obwohl auch eine Klage vor einem Verwaltungsgericht kostet nix, man muß nur, wenn man sich nicht selbst traut, evtl. einen Anwalt bezahlen.

Tetrarchos - 9.3.2007 um 03:28

Na, da würde ich dem Beamten dann eben direkt mit einem Spatenschlag in die Fresse Widerspruch leisten. Das ist es wert. :D

Darkeastwood - 14.3.2007 um 23:11

"Regierung will drastisch Bürokratie abbauen"

Warum stört mich das Wörtchen "drastisch" in diesem Satz nur so?

Uns das Wort "will"? Wenn es um EU Vorschriften geht, die über nationale Verfassung stehen. Es ist wohl möglich, dass die Konzerne damit entlastet werden, den klein- und Mitleren Unternehmen wird doch nicht all zu viel nutzen. Wenn kein Weltkrieg oder Revolution kommt, wird Bürokratie in anderen Bereichen weiterhin ausgebaut.

Parkinson (14.3.2007)

Es geht hier nicht um den Erfinder der gleichnamigen Krankheit, die auch unter Schüttellähmung bekannt ist. Dieser Artikel handelt von Northcote Cyril Parkinson, der sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit dem Beamtenunwesen in der britischen Flotte befaßt hat. Während die empire-begründende mächtigste Flotte der Welt zu einem besseren Geleitschutz für die Küstenfischerei reduziert wurde, wuchs die Beamtenschaft zu einer Kopfstärke heran, die, ordentlich gedrillt und mit Waffen ausgerüstet, zahlreiche Kolonien hätte zurückerobern können.

Natürlich verwende ich zeitgemäßere Beispiele als die abgewrackte Flotte eines durch eigene Dummheit untergangenen Weltreiches. Ab und zu benötige ich auch ein paar Namen. Die leihe ich mir von bekannten Politikern, um mir die Personenbeschreibungen zu sparen. Selbstverständlich handelt es sich bei den von mir aufgeführten Personen nicht um die jeweiligen Politiker, sondern nur um Leute, die rein zufällig so aussehen und deshalb als Schauspieler die Rolle besetzen durften.

Behördenalltag

Stellen Sie sich einmal die Klofrau Angela Merkel vor. Wegen fortgeschrittenen Alters wird sie mit ihrer Arbeit nicht mehr fertig und die von ihr zu reinigenden Toiletten sind derart unsauber, daß die Herren Vorstände ihre eigenen, nicht persönlich entfernten Schleifspuren wiederfinden.

In einem deutschen Unternehmen würde Frau Merkel nach einer Abmahnung entlassen und könnte sich schon mal in die Hartz-IV-Gesetzgebung einarbeiten. Statt dessen würde eine Frau von der Leyen eingestellt, die als alleinerziehende Mutter auf jeden Cent angewiesen ist. Sie bekommt eine befristete Halbtagsstelle, mit der Aussicht auf eine unbefristete Anstellung, wenn sie ihre Sache gut macht. Dafür klotzt sie anständig heran, jeden Tag sechs bis acht Stunden, und bekommt vier davon bezahlt.

Aber Frau Merkel arbeitet zu ihrem Glück in einer Behörde, da regelt man das anders. Zunächst stellt man eine Frau Brigitte Zypries ein, die Frau Merkel unterstellt wird. Da Frau Merkel jetzt viel mehr Arbeit hat als vorher - sie muß ja Frau Zypries anleiten, ihr Arbeit zuweisen und diese überwachen - ist das Problem erst gelöst, wenn auch noch Frau Heide

Simonis eingestellt und Frau Merkel zur Oberklofrau befördert wird.

Damit haben wir den ersten Lehrsatz der wunderbaren Beamtenvermehrung:

Wenn einer mit seiner Arbeit nicht zurecht kommt, tritt ihm nicht in den Hintern, sondern befördere ihn und gib ihm zwei Untergebene, dann klappt es.

Irgendwo haben wir einen tüchtigen Oberregierungsrat namens Markus Söder. Er hat die Aufgabe, das, was seine Untergebenen bearbeitet haben, mit einem Stempel zu versehen und zu unterschreiben. Was er abzeichnet, landet auf dem Schreibtisch von Regierungsdirektor Edmund Stoiber, der aus Prinzip alles gegenliest und so verhindert, daß Söders allerschlimmste Fehlleistungen die Kommune einen Haufen Geld kosten.

Nur leider geht Herr Stoiber schließlich in Pension. Herr Söder kann nicht nur aufs Wort gehorchen, er besitzt auch noch das gleiche Parteibuch wie die Frau Doktor Oberbürgermeisterin, was ihn eindeutig als Nachfolger des Regierungsdirektors qualifiziert. Schließlich weiß jeder im Amt, daß Söder alles abgezeichnet und Stoiber nur gegengelesen hat. Und die Frau Doktor Oberbürgermeister verkündet stolz, daß sie eine Stelle eingespart hätte, in ihrem unermüdlichen Kampf um den Abbau der Bürokratie.

Nur leider zeichnet Markus Söder noch immer alles, was ihm seine Untergebenen vorlegen, einfach nur ab. Er hat sowieso nie verstanden, wofür er bezahlt wird, denn als guter Jurist genügt es ihm, aufs Wort zu gehorchen, das richtige Parteibuch zu besitzen und alles zu unterschreiben, was ihm vorgelegt wird.

Natürlich kann man einen Markus Söder nicht einfach hinauswerfen, denn die Frau Doktor Oberbürgermeister persönlich hat ihn ja befördert. Da würde die Presse monatelang über die verquere Personalpolitik der Amtsinhaberin herziehen, womöglich bis zu den nächsten Wahlen.

Also stellt die Stadtverwaltung unauffällig den Oberamtsrat Erwin Huber ein, der alle Vorlagen der Untergebenen prüft, zudem den Oberregierungsrat Günter Beckstein, der alles gegenliest, was dann der Regierungsdirektor Markus Söder auf den Schreibtisch bekommt, zum Stempeln und Abzeichnen.

Somit kommen wir zum zweiten Lehrsatz der wunderbaren Beamtenvermehrung:

Ein unfähiger Vorgesetzter wird nicht gefeuert, weil das ein schlechtes Licht auf den wirft, der ihn befördert hat. Statt dessen erhält dieser weitere Untergebene, die seine Unfähigkeit kompensieren.

Frank-Walter Steinmeier, seines Zeichens Steuerinspektor, bekommt immer wieder Steuererklärungen mit in seinen Augen ungenauen Angaben. Nach Rücksprache mit seinem Vorgesetzten, Herrn Dr. Josef Fischer, legt er die Steuererklärung zu den Akten und schickt dem Steuerbürger ein weiteres Formular, für das er als Anlage eine Stellungnahme des Bauinspektors Manfred Stolpe beibringen muß. Leider kann Herr Stolpe sich nicht persönlich an Herrn Steinmeier rächen, sondern er fordert selbst einen Aktenauszug aus dem Archiv vom Amtsekretär Günther Gauß an, den natürlich auch der Steuerbürger bezahlen muß.

Noch geschickter stellt es Baurat Franz-Josef Jung an. Er hat den Auftrag, einen Bebauungsplan für eine Erweiterung eines städtischen Industriegebietes zu erstellen. Dazu stellt er Auskunftsanträge an das Landwirtschaftsreferat von Oberinspektor Horst Seehofer, eine Wirtschaftsprognose durch den Stadtentwicklungsreferenten Michael Glos (die jedoch sein Büroleiter Eberhard Sinner erstellt), sowie eine Studie über die lokale Verteilung von Biotopen durch den Umweltreferenten Sigmar Gabriel.

Nach drei Monaten existiert zwar noch immer kein Bebauungsplan, doch der staunende Bürger erfährt, daß bereits acht bis zwölf Behörden in der "Machbarkeitsstudie" involviert sind und man bald mit einem absolut fundierten Diskussionspapier an die Öffentlichkeit zu treten gedenke.

Leider kann Franz-Josef Jung die Vorlagen seiner Mitbeamten im Augenblick nicht auswerten, da das Landwirtschaftsreferat wegen beengter Amtsräume einen Erweiterungsbau plant und das Umweltreferat ihn laufend mit Eingaben für den Bau eines geeigneten Feldhamster-Überwachungs-Standes versorgt, um im möglichen Projektgebiet verlässliche Unterlagen über die einheimische Tierpopulation zu gewinnen.

Somit kommen wir zum dritten Lehrsatz der wundersamen Beamtenvermehrung:

Läßt man Beamten Spielräume, so sorgen sie dafür, daß möglichst viele Ihresgleichen ebenfalls in ihre Arbeiten involviert werden. Im Zweifelsfall verschaffen sie sich gegenseitig Arbeit.

Betrachten wir den Amtsekretär Thomas de Maizère. Ein unauffälliger Mann, von dem keiner so recht weiß, wie er aussieht, aber der Inbegriff der Zuverlässigkeit. Er wird immer rechtzeitig mit der Arbeit fertig. Ob er nun vier Briefe pro

Tag schreibt oder nur einen, ob er zwanzig Akten abheften muß oder zweihundert, er ist immer volle acht Stunden beschäftigt. Und rechtzeitig zum Feierabend fertig.

Natürlich verwendet Herr de Maizère viel mehr Sorgfalt, wenn er nur einen Brief am Tag schreiben muß. Da kann er dann jede Vorschrift nachschlagen, auch wenn er diese schon tausend Mal nachgeschlagen hat, diese aus dem Jahr 1953 stammt und sich seit seinem Amtsantritt niemals geändert hat. Gut, Herr de Maizière kennt den Text längst auswendig, aber als pflichtgetreuer Beamter schlägt er trotzdem jedesmal nach, wenn es die Arbeitsauslastung erlaubt. Der Bürger erwartet schließlich, daß ein Beamter immer korrekt handelt.

Dieses Prinzip finden Sie vor allem bei Polizei und Justiz umgesetzt. Wie Sie wissen, hat jeder Polizist eine Menge Überstunden angesammelt. Jeder. Und er kann sie nie abbauen, weil jeder Polizist immer überlastet ist.

Fürchterlich überlastet sind übrigens auch Richter, egal wie viele Richter sich an einem Gericht herumtreiben. Tausend Fälle im Monat lassen sich mit 50 Richtern genauso effektiv abarbeiten wie mit 20 Richtern. Im ersten Fall hätte ein Richter einen Fall pro Arbeitstag zu erledigen, im zweiten zweieinhalb Fälle. Die Zahlen stammen übrigens aus einer Pressemeldung. Dabei ging es nicht um spektakuläre Strafprozesse, sondern um ein Sozialgericht, wo ein Fall in höchstens einer halben Stunde entschieden werden kann. Aber das Gericht ist natürlich überlastet.

Die Staatsanwaltschaft Würzburg ist genauso überlastet. Meine Rechner auszuwerten hätte in einer Firma keine drei Tage erfordert, die "Spezialisten" der Würzburger Polizei haben dazu fünf Monate gebraucht. Die Akten sind seit viereinhalb Monaten abgeschlossen, ich habe sie innerhalb einer Stunde durchgelesen. Das heißt, innerhalb von zwei Stunden wäre dieser Fall bearbeitet. Aber, wie gesagt, seit viereinhalb Monaten tut sich nichts, weil die Behörde überlastet ist.

Daraus ergibt sich der vierte Lehrsatz der wunderbaren Beamtenvermehrung:
Egal, wie wenig ein Beamter zu tun hat, er ist immer bis zur Belastungsgrenze beschäftigt.

Dazu gibt es ein Korollar:
Jede Behörde braucht mindestens doppelt soviel Personal, wie sie zur Verfügung hat.

Herr N. C. Parkinson hat sich jedoch nicht nur mit Beamten beschäftigt, sondern auch mit Politikern. Wir verdanken ihm einige Erkenntnisse, die heute so aktuell sind wie damals, denn wir haben schließlich heute eher schlechtere als bessere Politiker als damals.

Politiker

Stellen Sie sich einmal den Stadtrat (bzw. die Stadtverordnetenversammlung) von Nordoosterstedt vor. Es gibt drei relevante Tagesordnungspunkte. Zum einen soll die Kaffeemaschine im Vorzimmer des Bürgermeisters erneuert werden, weil die alte nicht mehr repariert werden kann. Was eine Kaffeemaschine ist, wozu sie dient und was sie kostet, wissen alle Anwesenden, deshalb wird diese schnell bewilligt (und ein wenig üppiger als das Standard-Modell, denn auch die Damen und Herren Stadträte kommen öfter ins Vorzimmer des Bürgermeisters und wissen durchaus Espresso und Capuccino zu schätzen).

Dann geht es um die Erweiterung des örtlichen Müllheizkraftwerks. Die kostet 30 Millionen Euro, das ist weitaus mehr, als die meisten der Anwesenden jemals ihr eigen nennen werden. Zum Ausgleich wissen höchstens drei Leute, was die Erweiterung des MHKW bewirkt, wofür man sie braucht und daß der Kostenrahmen überaus optimistisch gerechnet ist. Der Rest der Stadtverordneten verfolgt den Vortrag des Experten gelangweilt, denkt an die schöne Einweihungsfeier und daran, daß die so demonstrierte Umweltkompetenz sich auf den nächsten Wahlwerbeprospekten sehr gut machen wird. Also stimmt man dafür, ohne lange Diskussion.

Anschließend geht es um die Suderdeichstraße. Dort sollen für 200.000 Euro Bäume angepflanzt werden, wodurch einige Parkplätze wegfallen. Jetzt haben die Herrschaften aber Diskussionsbedarf! Zum einen deswegen, weil die anderen beiden Anträge derart schnell bewilligt wurden, daß sich kein einziger Profilneurotiker in Szene setzen konnte, zum anderen, weil dieser Antrag auf die geballte Kompetenz der Anwesenden trifft.

Jeder von ihnen ist in den letzten fünf Jahren mal durch die Suderdeichstraße gefahren, jeder weiß, wie lange er für 200.000 Euro arbeiten muß, und jeder weiß, wie ein Baum aussieht. Buchen wären zwar ganz nett, aber die werfen im Herbst ihre Blätter ab, folglich kämen Reinigungskosten auf die Stadt zu. Eichen sind nicht ganz so kritisch, aber erscheinen den Herrschaften der Linksfractionen zu altdeutsch. Tannen wären ein Kompromiß, aber die wachsen in diesem Landkreis schlecht und spenden zu wenig Schatten. Birken verursachen Heuschnupfen, Linden auch im Frühjahr Dreck. Zwischendurch beklagen die Liberalen den Wegfall von Parkplätzen und die Konservativen erinnern an das

Strandbad, das vor zwanzig Jahren an der Suderdeichstraße mal entstehen sollte.

Kurzum, die Entscheidung wird nach sechs Stunden hitziger Debatte vertagt.

Erster Lehrsatz zu Politikern:

Ausgiebig diskutiert wird nicht das, was wichtig ist, sondern das, was die Politiker interessiert und sie verstehen.

Gehen Sie einfach davon aus, daß ein Politiker nicht intelligenter ist als Ihr Nachbar und einen ebenso beschränkten Horizont besitzt. Wenn also Ihr Nachbar nicht die EU-Verfassung versteht, wieso sollte das Ihr Abgeordneter tun? Dafür weiß Ihr Nachbar, was eine Glühbirne ist und wie sie sich von einer Energiesparlampe unterscheidet. Genau wie Ihr Abgeordneter, doch der redet auch noch darüber, um zu zeigen, wie sachkundig er sich um die politischen Fragen des Alltags kümmert.

Natürlich erhalten Sie eine Antwort, wenn sie fragen, wofür die Bundeswehr in Afghanistan ist (Solidarität mit unseren amerikanischen Freunden) oder vor dem Libanon (Solidarität mit unseren israelischen Freunden) oder im Kosovo (Solidarität mit unseren europäischen Freunden). Aber verlangen Sie bitte nicht mehr, als Ihnen auch Ihr Nachbar sagen könnte.

Woraus wir den zweiten Lehrsatz zu Politikern ableiten:

Politiker sind auch nur Menschen, durchschnittliche Menschen, mit durchschnittlicher Befähigung. Auch, wenn sie das niemals zugeben, zumindest nicht vor laufenden Kameras. Wie jeder Durchschnittsmensch.

Können Sie sich vorstellen, wie die parlamentarische Arbeit im Nachkriegsdeutschland begonnen hat? Da gab es kein Parlament, sondern einen parlamentarischen Rat. Da wurde das Grundgesetz verabschiedet und die Deutsche Mark ins Leben gerufen. Der erste Bundestag hatte nur improvisierte Abgeordnetenbüros, die Verteilung von Gesetzestexten klappte nicht immer, es gab all die vielen Expertenkommissionen noch nicht, die einem heute das Regieren erleichtern. Adenauer regierte mit einer Stimme Mehrheit und im Parlament saßen viel mehr Parteien als heute. Trotzdem haben die damals das Wirtschaftswunder herbeigeregelt und den Wiederaufbau bewältigt.

Bezeichnend ist auch, daß die Wiedervereinigung in einem Ausweichparlament, im Bonner Wasserwerk beschlossen wurde.

Heute klappt natürlich alles vorbildlich. Eigene Verteildienste versorgen die Abgeordneten mit allen Regierungsvorlagen, jeder hat sein Büro, eigene Mitarbeiter und den Stab des Bundestages, es gibt Fahr- und Flugbereitschaften, ordentliche Diäten, gut ausgebildete Politiker mit akademischen Graden. In einer solchen Umgebung wurde der Euro eingeführt und die EU-Verfassung verabschiedet. Das Land ertrinkt in Schulden, Arbeitsplätze entstehen nur durch statistische Tricks und das Land ist ein permanenter Sanierungsfall. Dafür hat die Regierungskoalition eine überaus komfortable Regierungsmehrheit und die wenigen Parteien im Bundestag sind beliebig austauschbar.

Das führt uns zum dritten Lehrsatz:

Je besser sich die Politiker etabliert haben, desto schlechter ist ihre Politik.

Natürlich, wer sicher im Sattel hockt, muß sich ja nicht mehr anstrengen. Und wem es gut geht, der will daran möglichst wenig ändern. Das ist nicht nur in der Politik so, aber da fällt es besonders unangenehm auf.

Northcote Cyril Parkinson ist ein Mann aus der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, den völlig zu Unrecht kaum jemand kennt, obwohl er unsere Welt hervorragend und scharfsinnig beschrieben hat. Sein Buch ist sowohl preis-, als auch lesenswert und nicht allzu dick.

Wenn man bedenkt, wie lange es dieses Werk schon gibt und wie wenig wir daraus gelernt haben, dann befällt mich ein wenig der andere Parkinson, der mit der Schüttellähmung. Glauben Sie mir, es ist sehr mühsam zu schreiben, wenn man dauernd den Kopf schütteln muß.

Quelle: <http://www.michaelwinkler.de/Pranger/140307.html>

... - 15.3.2007 um 03:43

Ähnliches findet sich aber auch in Betrieben, die nicht dem öffentlichen Dienst angehören. Auch in Großbetrieben werden Ewigkeiten Menschen mit herum geschleppt, die überhaupt keine sinnvolle Arbeit haben.

Wie die Hierarchien dort entstehen, ist auch ganz gut in dem Peters-Prinzip erklärt. Das habe ich auch bei kirchlichen

Betrieben festgestellt. (Okay, die gehören offiziell auch zum öffentlichen Dienst.)

Jeder wird solange befördert, bis er auf der Stufe ankommt, wo er sich als absolut überfordert und inkompetent erweist.

Ergebnis: In allen Führungspositionen sitzen Typen, die eigentlich völlig unfähig sind, ihre Stellung auszuüben. Nur weg bekommt man sie da nicht mehr.

Eine besonders unsinnige Sache konnte der Autor vor 1951 noch gar nicht wissen.

Die EU-Bürokratie.

Eigentlich ist die EU nur eine kapitalistische Internationale, die dem Kapital Vorzüge verschafft und den arbeitenden Menschen mehr der Ausbeutung besorgt.

Nebenher werden aber auch immer Vorschriften erfunden, die ein sinnvolles Arbeiten verhindern sollen, z.B. in sozialen Bereichen.

Seitdem es in fast allen Dienstleistungsbereichen ISO-Vorschriften gibt, sitzen die Mitarbeiter mehr an der ISO-Dokumentation als noch ihrer Arbeit nachkommen zu können.

Ergebnis:

Wahrscheinlich sind in der BRD nochmal 50 % der Arbeitsplätze völlig überflüssig.

Wird Zeit für ein einkommenssteuerfinanziertes Grundeinkommen von ca 1200€ monatlich für jede Person.
